

Politische Ökonomie der Klimapolitik: Wachstumsmodelle und -koalitionen

Anna Hehenberger

International Max Planck Research School
on the Social and Political Constitution of the Economy

Die Erderwärmung nimmt zu, die Warnungen der Expert:innen werden dringlicher und ihre Folgen sichtbarer. Dennoch ist die aktuelle Klimapolitik nicht fortgeschritten genug, den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5 °C zu begrenzen. Steigt die Temperatur im aktuellen Tempo weiter an, werden wir unseren Planeten bereits im Jahr 2030 und spätestens im Jahr 2052 um 1,5 °C erhitzt haben. Die Folgen einer Erwärmung unseres Planeten um mehr als 1,5 °C sind gravierend: Der steigende Meeresspiegel wird Hunderte Millionen Menschen gefährden und Wetterextreme werden auch Gebiete abseits von Küsten betreffen. Die jährlichen Fischereifänge werden weltweit um mindestens 1,5 Millionen Tonnen zurückgehen, bei einem Temperaturanstieg um 2 °C sogar um das Doppelte. Expert:innen warnen auch vor Kipppunkten, die, wenn sie erreicht werden, schwerwiegende Entwicklungen auslösen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Während der Klimawandel also schnell und weltweit angegangen werden muss, sind einige Länder bei der Bekämpfung der Klimakrise ehrgeiziger als andere. Die Untersuchung der Hindernisse für eine wirksame nationale Klimapolitik ist zu einem zentralen Analysethema geworden. Die Gründe für unzureichende politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise sind vielseitig, ihr gemeinsamer Nenner jedoch ist Macht.

Wer für das Wirtschaftswachstum einer Nation verantwortlich ist, hat Macht – wirtschaftlich und politisch – und ein Interesse daran, dass es dabei bleibt. Wie die Volkswirtschaften von Ländern wachsen, ist unterschiedlich, sie haben verschiedene Wachstumsmodelle: Deutschland baut auf Export und die Autoindustrie, während im Vereinigte Königreich der Finanzsektor eine zentrale Rolle für das nationale Wirtschaftswachstum spielt. Politik zur Vermeidung der Erderwärmung über 1,5°C verändert den makroökonomischen Kontext einer Volkswirtschaft. Klimapolitik wirkt auf die Steuer- und Abgabenstruktur, Verkehrs- und Stadtplanung, oder die Standortpolitik. Verschiedene Wirtschaftszweige wären unterschiedlich von Klimapolitik betroffen, emissionsintensive Industrien hätten mit strengerer Regulierung oder höheren Abgaben zu rechnen. Das vorliegende Forschungsprojekt nimmt an, dass sich Vertreter:innen dieser Wirtschaftszweige wehren und dass jene, die wichtig für das Wirtschaftswachstum eines Landes sind, normalerweise auch erfolgreich dabei sind, Klimapolitik die ihre Interessen in Gefahr bringt abzuwehren oder in ihrem Interesse zu verändern. Der Ansatz des vorliegenden Forschungsprojekts, makroökonomischen Kontext (Wachstumsmodelle) und daraus resultierende Interessensgruppen (Wachstumskoalitionen) zur Analyse von nationaler Klimapolitik zu verbinden, trägt dieser Logik Rechnung. Ein erster Schritt,

einen Zusammenhang zwischen Wachstumsmodell und Klimapolitik zu untersuchen ist eine quantitative Analyse klimapolitik-relevanter Faktoren wie zum Beispiel Treibhausgasemissionen oder internationale Klimarankings, und der (sektoralen) Zusammensetzung nationaler Volkswirtschaften. Ein zweiter Teil ist eine qualitative Fallstudie die der Frage nach dem Mechanismus, wie sich ein Wachstumsmodell in ambitionierte oder laxe Klimapolitik übersetzt, nachgeht.

Das beschriebene Forschungsvorhaben ist Teil eines Mixed-Methods-Dissertationsprojekts und hat zum Ziel bis Herbst dieses Jahres Ergebnisse der quantitativen Analyse zu präsentieren. Ziel der quantitativen Analyse ist, zu klären, ob es einen Zusammenhang zwischen Wachstumsmodellen (bzw. der Wichtigkeit verschiedener Wirtschaftszweige für eine Volkswirtschaft) und ihrer Klimapolitik gibt. Damit ist der Beitrag am Momentum Kongress der erste und quantitative Teil eines längerfristigen Projekts darüber, wie eine ökologische und soziale Transformation von mächtigen Wirtschaftsinteressen verhindert oder beschleunigt wird.